

Gastkommentar

# Sanktionen und ihre Wirksamkeit

Sanktionen gehören schon lange zum Repertoire der internationalen Politik. Eine völkerrechtliche Grundlage dafür findet sich in Artikel 39 der Charta der Vereinten Nationen (UN). Der UN-Sicherheitsrat kann demnach feststellen, ob eine Bedrohung, ein Friedensbruch oder eine Angriffshandlung vorliegt. Gestützt auf Artikel 41 der Charta kann er dann Massnahmen nichtmilitärischer Art beschliessen. Das primäre Ziel solcher Sanktionen ist es, durch wirtschaftlichen Druck zu erwirken, dass der sanktionierte Staat seine Politik ändert. Das erste Sanktionsregime ergriff der Sicherheitsrat 1968 gegen Südrhodesien. Bis heute sind 30 weitere Sanktionsregime erfolgt, wovon 14 aktuell in Kraft sind.

Ein UN-Sanktionsregime setzt die Zustimmung des Sicherheitsrates voraus. Damit ist es faktisch ausgeschlossen, dass sich UN-Sanktionen gegen ein Mitglied des UN-Sicherheitsrates richten. Entsprechend gibt es neben den UN-Sanktionen auch andere Quellen internationaler Sanktionen. So beteiligt sich Liechtenstein neben den 14 Sanktionsregimen der UN noch an 16 Sanktionsregimen der EU. Die Bedeutung solcher «unilateralen» Sanktionen wird dabei angesichts der verstärkten Konkurrenz der Grossmächte und der sinkenden Handlungsfähigkeit internationaler Sicherheitsorganisationen (wie z. B. der UN oder der Nato) wohl weiter zunehmen.

Die Liste der Austauschgeschäfte, welche sich mit Sanktionen einschränken lassen, ist lang. Die EU selbst nennt mit Blick auf ihre aktuelle Sanktionspraxis 39 Themenfelder für restriktive Massnahmen. Dazu zählen beispielsweise diplomatische Beziehungen, militärische Zusammenarbeit, Handels- und Finanztransaktionen sowie Transport- und Kommunikationsströme. Meist wird dabei von «smart sanctions» gesprochen, also von intelligenten Sanktionen, welche sich gezielt gegen einzelne Personen, Unternehmen und Organisa-

«Dass Sanktionen meist nicht besonders effektiv sind, heisst aber noch lange nicht, dass sie nutzlos sind.»

**Christian Frommelt**  
Direktor und Forschungsleiter Politik  
am Liechtenstein-Institut

tionen richten oder sich auf bestimmte Schlüsselgüter beschränken. Dahinter stehen die Erfahrungen der 1990er-Jahre, als umfassende Sanktionen gegen den Irak gravierende humanitäre Folgen hatten. Aber auch sogenannte «smart sanctions» können Auswirkungen auf die Bevölkerung haben, wie das Beispiel der Sanktionen gegen den Iran zeigt, wo sich internationale Banken aus Angst vor Sanktionen durch die USA weigerten, die Lieferung medizinischer Güter zu finanzieren.

Doch wie wirkungsvoll sind internationale Sanktionen tatsächlich? In den vergangenen Jahrzehnten gibt es nur wenige Beispiele, bei denen wirtschaftlicher Druck tatsächlich zu einer politischen Verhaltensänderung geführt hat. Wenig überraschend, sind Sanktionen dann am effektivsten, wenn sie sich gegen enge Handelspartner und somit befreundete Staaten richten. Bei politischen Gegnern sowie generell bei autokratischen Regimen zeigen Sanktionen demgegenüber meist nicht die erhoffte Wirkung. Im Gegenteil: Sie können beim betroffenen Staat eine Solidarisie-

rungswelle auslösen («rally around the flag») oder auch dafür sorgen, dass der sanktionierte Staat bestehende Verwundbarkeiten durch den Aufbau von Eigenkapazitäten oder neuen Partnerschaften kompensiert.

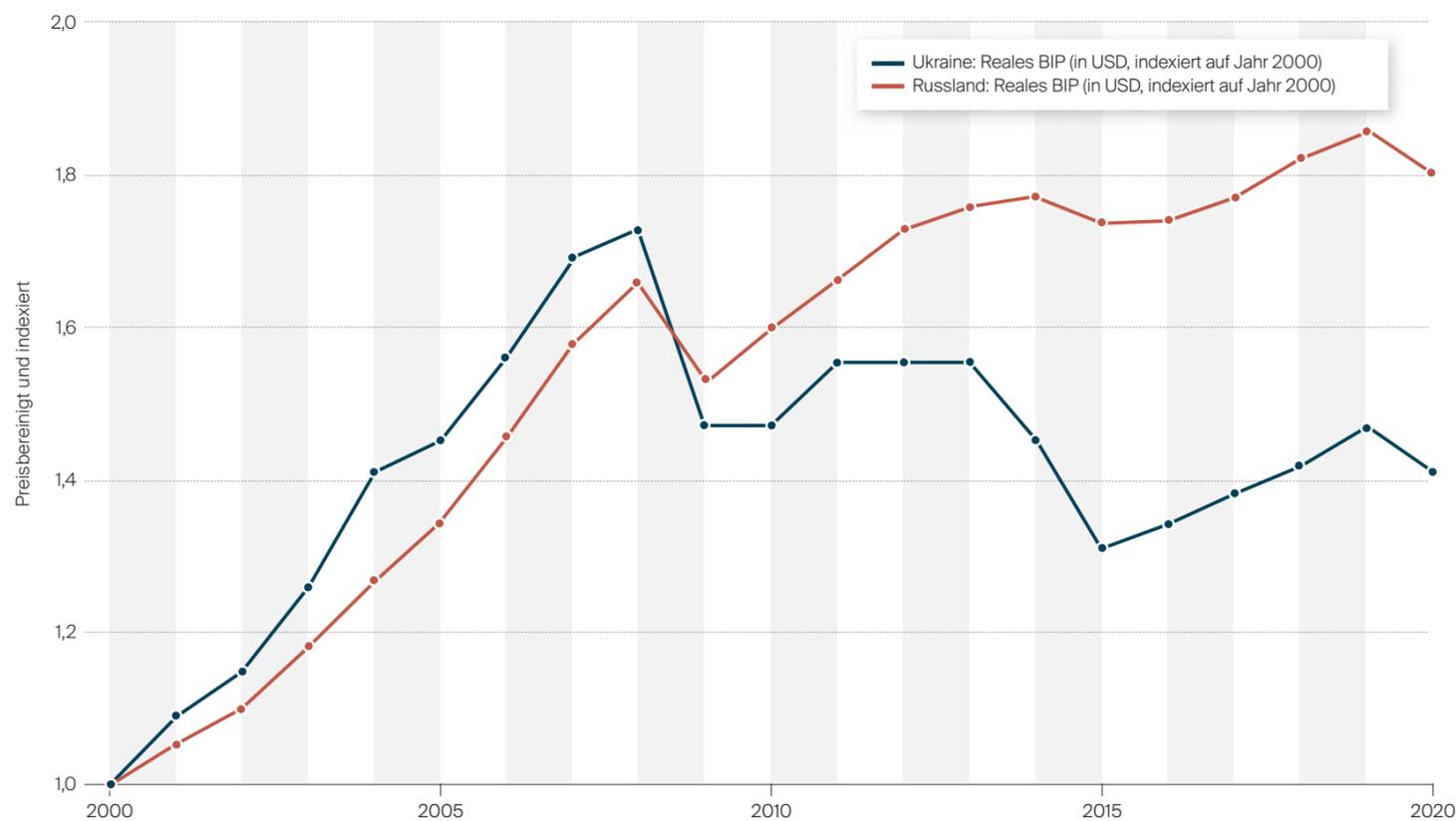
Dass Sanktionen meist nicht besonders effektiv sind, heisst aber noch lange nicht, dass sie nutzlos sind. So gibt es zwischen blosser Rhetorik und konkreten militärischen Handlungen nun einmal wenig Alternativen für Sanktionen. Auch ist die Symbolkraft von Sanktionen nicht zu unterschätzen. So können Sanktionen ein Signal der Entschlossenheit und Handlungsfähigkeit an die eigene Wählerschaft senden. Nach aussen können sie zudem mögliche Nachahmer abschrecken. Auch können sie den internationalen Zusammenhalt und die eigenen Moralvorstellungen bestärken und sind ein Zeichen der Solidarität gegenüber den von sanktionierten Staaten unterdrückten Menschen. Und natürlich sind Sanktionen immer auch eine Strafe, indem sie eine unangemessene Handlung an einen konkreten Schaden knüpfen.

Auch bei den aktuellen Sanktionen gegenüber Russland ist zu befürchten, dass sie nicht zu einer Verhaltensänderung Russlands führen werden. Die verhältnismässige rasche Einigung auf die Sanktionen sowie ihr Umfang sind aber dennoch ein wichtiges Symbol für die Handlungsfähigkeit und die gemeinsamen Wertvorstellungen der westlichen Staaten und damit ein Gegenstück zur russischen Realpolitik.



**Christian Frommelt**  
Direktor Liechtenstein-Institut

## Ukrainische Volkswirtschaft hat stark unter Konflikten gelitten



Quelle: National Accounts Main Aggregates Database (UNO), Liechtenstein-Institut (Indexierung); Grafik: Stefan Aebi

Seit Kriegsbeginn in der Ukraine letzte Woche wird bezüglich Bevölkerungsgrösse oder Truppenstärke oft von «David gegen Goliath» gesprochen und auch wirtschaftlich trifft dies zu. Das BIP Russlands war 2020 etwa 14-mal und das BIP/Kopf dreimal so hoch wie das ukrainische. Doch wie entwickelten sich beide Volkswirtschaften seit Beginn der Auseinandersetzungen vor etwa zehn Jahren?

Obige Grafik (auf Jahr 2000 indexiertes reales BIP) zeigt, dass nach der Jahrtausendwende

beide Staaten sich wirtschaftlich zunächst ähnlich steil entwickelten. Russlands Wirtschaft erholte sich schnell von der globalen Finanzkrise 2008/09, schrumpfte nur kurz im Zuge der Krim-Annexion 2014 und den damit verbundenen internationalen Sanktionen und wuchs danach wieder stetig, wenn auch langsamer als der europäische Durchschnitt. Demgegenüber litt das BIP der Ukraine ab 2012 stark unter den innenpolitischen Auseinandersetzungen und dem Konflikt mit Russland und war auch 2019, dem

Jahr vor Corona, noch nicht wieder auf dem 2011-Niveau.



**Andreas Brunhart**  
Forschungsleiter Volkswirtschaft  
am Liechtenstein-Institut

Gastkommentar

## Spurwechsel De-Globalisierung

Nach dem Fall der Berliner Mauer und dem Zusammenbruch der Sowjetunion beschleunigte sich die Globalisierung mit zunehmendem Tempo. Globale Verlagerungen der Produktionsprozesse, weltumspannende Lieferketten und neue Technologien führten zu einer Integration von Märkten und Staaten in noch nie dagewesenem Ausmass. Die Globalisierung hat Millionen von Menschen aus der Armut befreit, zu Produktivitätsgewinnen geführt, die Verbreitung von Technologien erleichtert und ein grosses wirtschaftliches Wachstum ermöglicht.

2008 wurde das Vertrauen in die Globalisierung durch die globale Finanzmarktkrise auf die Probe gestellt. Die negativen Seiten der gegenseitigen Abhängigkeiten kamen zum Vorschein. Den Turbulenzen an den Finanzmärkten folgten weitere internationale Verwerfungen wie die Euro-Schuldenkrise, die Krim-Annexion, der Trumpsche Protektionismus und sein Handelskrieg mit China, der Brexit, die Coronapandemie und nun der Überfall von Russland auf die Ukraine.

Die Coronapandemie und der unerwartet starke Aufschwung 2021 haben die Verletzlichkeit von globalen Lieferketten aufgezeigt. Lieferengpässe bei Rohstoffen, Halbleitern, Mikrochips, Arzneimitteln und sogar Konsumgütern sowie Transportprobleme belasten seither die Weltkonjunktur. Der Einmarsch Russlands in die Ukraine macht zudem deutlich, wie stark Europa auf Putins Erdgas angewiesen ist.

Was passiert, wenn Putin den Gashahn zudreht? Wie können die internationalen Abhängigkeiten reduziert werden? Wäre es nicht sinnvoller, die «Heimkehr» der Produktion zu fördern, statt sich auf globale Lieferketten zu verlassen? Wie kann der Zugriff auf lebensnotwendige Güter und Dienstleistungen sichergestellt werden?

Der Spurwechsel von der Globalisierung zur De-Globalisierung ist schon seit 2008 im Gange. Das zeigt sich statistisch sowohl in einem Rückgang der globalen Kapitalströme als auch im nachlassenden Wachstum des Handels mit Gütern und Dienstleistungen. In der politischen Realität offenbart sich die Wende beispielsweise in Frankreich, das in strategisch definierten Sektoren die Abhängigkeit vom Ausland durch Relokalisierungsprojekte bei Teigwaren, Mikrochips, Maschinen oder Medikamenten reduzieren will. Auch in der EU hat die Industriepolitik viel Rückenwind. So will die EU-Kommission in Zukunft mit rund 13 Milliarden Euro die Produktion von modernsten Halbleitern fördern. Das Nachdenken über Alternativen zum Russland-Gas lässt die Diskussionen um Atomkraftwerke als «heimische» und grüne Energiequelle aufleben. China setzt mittelfristig stark auf Selbstversorgung und Autarkie. Covid-19 hat die De-Globalisierungstendenzen beschleunigt und der Angriff auf die Ukraine wird grundlegende Veränderungen in der Weltordnung zur Folge haben. Wir stecken in einer neuen Ära, die von zunehmender Unsicherheit und geschrumpften Vertrauen geprägt ist. Es bleibt die Hoffnung, dass diese Ära nicht lange andauert, denn mit ihr verbunden ist die grosse Gefahr von Wohlstandsverlusten für alle Länder.



**Peter Eisenhut**  
Ökonom und Präsident  
der Stiftung Zukunft.li